



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/VII/186 - 14.8.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Erziehung zum Haß	S. 1
Zur Lage in Persien	S. 3
Wer ist für die Butterpreiserhöhung verantwortlich ?	S. 4

Sport als politisch-militärischer Drill

Aus der sowjetischen Besatzungszone wird uns geschrieben:

Jede Lücke in der Masse des Volkes oder selbst in den einzelnen Gruppenbildungen, die nicht vom Machtapparat des Staates ausgefüllt ist, wird für die Diktatur zur Gefahr. Nach diesem, jedem diktatorischen Regime innewohnenden Prinzip wurde dieser Tage in der Sowjetzone auch der Sport verstaatlicht, als aufgrund einer Regierungsverordnung ein "Staatliches zentrales Komitee für Körperkultur und Sport" und entsprechende Komitees in den neuen Bezirken, Kreisen und Gemeinden gegründet wurden.

Mit diesem Schritt wurde konsequent eine Entwicklung abgeschlossen, die bereits kurz nach dem Krieg begonnen hatte, als in der Zone allen Sportvereinen ein Betätigungsverbot auferlegt wurde. Nach der Gründung des "Deutschen Sportausschusses" 1948 wurden die ehemaligen Sportvereine in Betriebssportgemeinschaften und in Sportabteilungen der Massenorganisationen umgewandelt. War zunächst auf diese Weise die politische Kontrolle gesichert, indem man die überwachenden Kreisausschüsse selbstverständlich ebenso wie den Deutschen Sportausschuß in die Hand hundertprozentiger Kommunisten legte, - die endgültige Bolschewisierung des Sports im Land hinter der Elbe wurde erst jetzt gleichzeitig mit dem "Aufbau des Sozialismus" gesichert.

Auch der Sport ist also jetzt Teil des Staatsapparates

geworden und Träger einer Funktion, die mit Sport im eigentlichen Sinn des Wortes noch weniger zu tun hat wie das z.B. bei allen Bestrebungen der Fall ist, die den Sport zum reinen Geschäft machen. Ist dort der Sport Mittel zum brutalen Gelderwerb - hier ist er zu einer der zahlreichen Sklavenketten des sowjetischen staatlichen Regimes geworden. In der Regierungsverordnung über die "Errichtung der staatlichen Sportkomitees" heißt es, es sollen durch den Sport Menschen erzogen werden, "die mit Willenskraft, Härte, Ausdauer und Mut alle Schwierigkeiten überwinden, vom unversöhnlichen Haß gegen alle Feinde des Friedens und des Fortschritts erfüllt sind und die sozialistischen Errungenschaften unserer Werktätigen gegen alle Bedrohungen schützen und verteidigen".

Nach dem Willen der SED wird so der Sport zur Schule des politischen Drills, zur Hetze gegen den nichtkommunistischen westlichen Sportler und zur rein militärischen Ausbildung. Ulbrichts Regierungserlaß "legalisiert" damit eine Entwicklung, die in den letzten Wochen bereits eingetreten ist. Nicht nur die FDJ, auch die Betriebs-sportgemeinschaften haben ihre Arbeit, wenn auch gegen den starken Widerstand ihrer Mitglieder, vollständig auf diese Linie umstellen müssen.

Es gibt seit einigen Wochen keinen größeren Betrieb mehr in der Zone, dessen Sportgemeinschaft das Schwergewicht nicht vom Fußball und der Leichtathletik auf den Schieß-Sport und den Motorsport verlegen mußte. Die Forderung der Belegschaften, zunächst einmal die vorhandenen kümmerlichen Geldmittel für den Ausbau des Arbeitsschutzes und für soziale Einrichtungen zu verwenden, fruchteten nicht. Statt für soziale Verbesserungen wurden Hunderttausende für die Anschaffung von Motorrädern und Reitpferden und für die Errichtung von Schießständen ausgegeben.

Es ist gewiß kein Zufall, daß die Bolschewisierung selbst vor dem Sport nicht halt macht. Gerade hier sah noch der Einzelne - trotz der politischen Kontrolle der Sportorganisation - eine letzte Möglichkeit, sich für einige erholsame Stunden auch außerhalb der Familie von der Allgegenwart des Staates zu befreien, nachdem das vorschriftsmäßige Moskauer Rezept auch alle Unterhaltungsliteratur und selbst den unpolitischen Unterhaltungsfilm bis zur Unerträglichkeit verdorben hat.

Was kommt nach Mossadek ?

-f- Der Wandel in der westlichen Beurteilung des persischen Premiers Mossadek ist ein höchst aufschlußreiches Kapitel. Es hat immer bemerkenswerte Unterschiede in den Auffassungen der beiden an einer Lösung der persischen Frage hauptsächlich interessierten Westmächte, also Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, gegeben. Der amerikanische Botschafter Grady hat nach seiner Ablösung von dem Teheraner Posten sogar den für einen Diplomaten ungewöhnlichen Weg gewählt, öffentlich seinen britischen Kollegen und die britische Regierung wegen ihres Verhaltens in der persischen Krise anzugreifen. Die Rückschlüsse auf das, was sich auf westlicher Seite hinter den Kulissen in Teheran auf dem ersten Höhepunkt der Krise abgespielt hat, sind leicht zu ziehen.

Seit den Tagen Gradys hat sich in Persien in jähen Sprüngen manches ereignet, was die damaligen innerwestlichen Reibereien als ein unbedeutendes Geplänkel erscheinen läßt. Die Amerikaner sind heute dort nicht minder verhaßt als die Briten. Das kurze blutige Zwischenspiel zwischen dem Sturz Mossadeks und seiner Wiederkehr mit größeren Vollmachten, als er sie vorher besaß, hat im Westen einen bemerkenswerten Umschwung hervorgerufen. In diesen wenigen bürgerkriegsähnlichen Tagen der Herrschaft Ghavams, der sehr schnell am Ende seines Lateins war, hat die verbotene kommunistische Tudeh-Partei ihre Anhänger auf die Straße geschickt - mit dem zu erwartenden Ergebnis, wenn Kommunisten und Nationalisten äußerlich gemeinsame Sache machen. In diesen wilden Tagen war es höchst ungewiß, ob nicht auf dem Rücken der Nationalisten die Kommunisten zur Macht kommen würden. Diese Gefahr ist noch einmal vorübergezogen, weil die Nationalisten sie rechtzeitig erkannten.

Aber nicht nur ihnen sind die Augen aufgegangen, sondern auch dem Westen. In Großbritannien wie in den Vereinigten Staaten stellt man sich heute die sorgenvolle Frage, was kommen werde, wenn Mossadeks ehrgeizige Pläne scheitern sollten. Die Vorstellung, die Kommunisten könnten die politischen Erben des angefeindeten Premiers sein, hat zu einer auffallenden westlichen Nachsicht selbst gegenüber der Errichtung der offenen, wenn auch vorerst auf sechs Monate

befristeten Diktatur Mossadeks geführt.

Die Anglo-Iranische Ölgesellschaft hat ihre persischen Verluste so bemerkenswert gut überstanden, daß es durchaus fraglich geworden ist, ob sie in das unsichere Persien jemals zurückzukehren wünscht, falls ihr diese Möglichkeit eröffnet würde. Sie hat vorausgesagt, daß Persien nicht in der Lage sein werde, das Ölgeschäft allein zu betreiben und vieles deutet darauf hin, daß sie recht behält. Eine Verrottung der riesigen Ölanlagen Persiens müßte den Ruin des Landes bedeuten und damit das sichere Ende Mossadeks. Das Ende Mossadeks aber wäre aller Voraussicht nach der Anfang der Herrschaft der Kommunisten. Daran können weder London noch Washington ein Interesse haben. Da Washington in Persien nichts, London immerhin hohe Ansprüche zu verlieren hat, drängt die amerikanische Regierung die britische, nicht durch Starrheit den persischen Premier zu gefährden.

+ + +

Butter vor dem Kadi

dt-Hannover

Innerhalb der nächsten acht Tage wird ein Schöffengericht in Hannover beurteilen müssen, ob Erich Christian, Geschäftsführer der Butterabsatz-Zentrale (BAZ - Verkaufsorganisation der Molkereien) schuld daran ist, daß in einzelnen Geschäften in Hannover Butter zu 7,20 M pro Kilo verkauft wurde. Weil das für den Geldbeutel der Verbraucher weit über Hannover hinaus von Bedeutung ist, hat der Staatsanwalt ein Schnellverfahren beantragt.

Hinter dem Prozeß - der erste dieser Art seit der Währungsreform - steht allerdings mehr: Es wird zugleich eine Auseinandersetzung mit der ab 1. August wirksamen Preisverordnung der Bundesregierung ML/52 sein, die alle Preisbindungen für Butter beseitigte. Bis Ende Juli galten laut Verordnung ML/51 5,70 M pro Kilo (ab Molkerei) als Höchstpreis. Nachdem zur Zeit der Butterschwemme - April, Anfang Mai - die Molkereien mit einem Preis von 4,62 M zurechtgekommen waren, kletterte die Notierung allmählich bis Ende Juli, dem Tag, da die Bindungen fielen, auf 5,70. Heute steht sie bei 6,-M.

Die Produktionslage habe sich ständig verschärft, verteidigt sich Geschäftsführer Christian im mahagonigetäfelten Konferenzzimmer der BAZ vor der Presse: Gestiegener Milch- und Butterkonsum, Abwandern der Milch in einträglichere Verarbeitungsgebiete (Milchpulver und: "Es wurde noch nie so viel Schlagsahne gegessen wie in diesen Sommer") usw.

Nicht zur Preisregulierung, sondern gewissermaßen als Richtschnur

hat Bonn mit der Verordnung ML/52 die Errichtung von Butter-Notierungskommissionen in Köln, Hamburg und Kempten angeordnet. Geschäftsführer Christian spricht diesen Kommissionen jeden antilichen Charakter ab, weil noch die Durchführungsverordnung fehle. Die Kommissionen könnten aufgrund der eingelaufenen Produktionsmeldungen von den Molkerereien nur ein Bild von der abgelaufenen Woche geben, inzwischen sei die Entwicklung schon davongelaufen.

Diese "davongelaufene Entwicklung" ist es, die Ministerialrat Bendiek, Leiter der niedersächsischen Preisprüfungsbehörde bewog, die BAZ anzuzeigen. Denn, so wirft Bendiek der BAZ vor: Die Kommission Hamburg habe am 8.8. 5,70 bis 5,80 notiert, die BAZ 6,20 DM verlangt.

Damit erreicht die Auseinandersetzung das Gebiet der Handelsspannen, es beginnt das beliebte Spiel: "Haltet den Dieb". Nach der Verordnung ML/52 sind auch die Handelsspannen aufgehoben, man einigte sich aber in Hannover auf den status quo: Großhandel plus 25 Pfennig, Kleinhandel plus 39 Pfennig pro Kilo. Das ergäbe selbst bei einem BAZ-Preis von 6,20 immer erst 6,84 M. Entrüstet schickt Christian die Preisprüfer zum Handel.

Die Produktionslage sei dadurch erschwert, wehrt sich Christian weiter, daß die bayrische Milch infolge der süddeutschen Dürre weitgehend ausgefallen und Niedersachsen, ebenfalls unter klimatischen Schwierigkeiten leidend, nun auch von den Kunden Bayerns überfallen werde, wobei es zu Preisüberbietungen komme. Eine Anfrage ergibt, daß die niedersächsischen Kühe jetzt nur um zwei bis fünf Prozent weniger Milch geben als im Sommer 1951, in Süddeutschland zehn bis 15 Prozent weniger, also ein Bundesdurchschnitt von zehn Prozent. Die Butter kostet aber im Endpreis weitaus mehr als im Vorjahr. Infolge Abwanderung der Milch in einträglichere Verarbeitungsgebiete, so erklärt ein Kollege Christians, werde im Bereich der BAZ Hannover (Niedersachsen ohne Weser-Ems) um 15 Prozent weniger Butter erzeugt. Das ist das ungewollte Eingeständnis, daß an zwei bis fünf Prozent weniger Milch als im Vorjahr unvergleichlich mehr verdient wird: Einmal bei Milchpulver und Schlagsahne, zum anderen Mal bei Butter. Ein weiteres Detail, wie sehr man im Norden die Zeichen der Zeit zu deuten weiß: Zur selben Zeit (Vorwoche), da im "Dürregebiet" Süddeutschland die Butter-Kommission auf 5,70 stand, notierte das Nicht-Dürregebiet Hamburg 5,80 M.

Vom Ausland ist keine Hilfe zu erwarten, denn wie sich Christian von niedersächsischen Importeuren hat sagen lassen, kostet Auslandsbutter heute bis zu 6,50 (rheinische Importeure geben zur gleichen Zeit 6,40 an). Eine Senkung des Einfuhrzolls würde, so argumentiert Christian weiter, nur die ausländischen Lieferanten bewegen, die Preise entsprechend zu erhöhen, denn Butter sei überall Mangelware.

"Der Butterpreis ist dem freien Spiel der Kräfte überlassen", triumphiert Christian und schwenkt die Verordnung ML/52. Niemand aber will sich an diesem freien Spiel bereichern. Der Einzelhandelsverband Hannover hat sich ein Alibi gesichert, indem er - ein Unikum in der Geschichte des Verdienens - zum Käuferstreik auffordert und auch die BAZ ist bereit, sich in die eigene Butter zu schneiden: "Ein Käuferstreik wäre die einzige Bräuse die wir haben, sonst ist schwer vorzusagen, wohin die Preise gehen werden", und Gustav Biester, Vorsitzender des Aufsichtsrates der BAZ erhebt sich aus seinem ledergepolsterten Verwaltungsratssessel und erklärt: "Glauben Sie uns, daß wir gar kein Interesse an einer Preistreibeerei haben". Produzenten und Handel sind also an hohen Preisen desinteressiert - wer beim Barte Ehrhards ist es dann, der die Butterpreise in die Höhe treibt?